

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
A Einleitung	17
I. Gegenstand der Arbeit	17
II. Gang der Untersuchung	20
B Muslimische Gemeinschaften in Deutschland	22
I. Einleitung	22
II. Erscheinungsformen des Islam in Deutschland	22
1) Der sunnitische Islam	22
2) Die Aleviten	24
3) Der schiitische Islam	25
4) Die Ahmadiyya-Bewegung	26
5) Die Einheit des Islam und die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Muslime	26
III. Entwicklung muslimischer Gemeinschaften in Deutschland seit den 1960er Jahren	27
IV. Aufgaben und Strukturen verschiedener Typen muslimischer Zusammenschlüsse	32
1) Einführung	32
2) Moscheevereine	32
3) Dachverbände	34
4) Spitzenverbände	37
C Religionsverfassungsrechtliche Koordinaten	40
I. Einleitung	40
II. Das Grundrecht der Religionsfreiheit	42
1) Einführung	42
2) Das Grundrecht der Religionsfreiheit in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	42
a) Die dreistufige Grundrechtsprüfung	42
b) Die am plausiblen Selbstverständnis der Grundrechtsträger orientierte Schutzbereichsauslegung	43
(1) Keine gegenständliche Festlegung	43

(2) Einheitlicher Schutzbereich	44
(3) Plausibilitätskriterium	45
(4) Zentralität des religiösen Handlungsantriebs?	45
c) Art. 4 I, II GG als vorbehaltlose Gewährleistung	46
3) Reform des dreistufigen Aufbaus der Grundrechtsprüfung?	47
a) Ermittlung des Gewährleistungsgehalts der Religionsfreiheit auf der ersten Stufe der Grundrechtsprüfung	47
b) Zugewinn an Rationalität durch die Berücksichtigung abstrakt-genereller Erwägungen auf der ersten Stufe der Grundrechtsprüfung?	48
c) Unklarheiten des Prüfungsprogramms	49
d) Ergebnis	51
4) Vorschläge des Schrifttums zur Auslegung des Schutzbereichs der Religionsfreiheit	51
a) Einleitung	51
b) Am christlich-europäischen Religionsverständnis ausgerichteter Grundrechtstatbestand	52
c) An einem universalistischen Kernbereich des Religiösen ausgerichtete Schutzbereichsauslegung	53
d) Begrenzung des Schutzbereichs durch das allgemeine Gewaltverbot	55
e) Ergebnis	56
5) Art. 140 GG, 136 I WRV als Gesetzesvorbehalt des Art. 4 I, II GG	57
6) Religiöse Vorstellungen als Anknüpfungspunkt staatlicher Sanktionen	59
a) Einleitung	59
b) Der Schutzbereich der Religionsfreiheit und „verfassungswidrige“ religiöse Vorstellungen	60
c) Eingriff in den Schutzbereich durch Sanktionierung des Bildens, Habens oder Lebens religiöser Vorstellungen	60
d) Keine verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen in das Bilden und Haben religiöser Vorstellungen	61
e) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen in religiös motivierte verfassungsgüterverletzende Handlungen	61

f)	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung staatlicher Eingriffe zur Verhütung verfassungsgüterverletzender Handlungen	62
g)	Ergebnis	63
III.	Die Gleichheitssätze	63
1)	Einführung	63
2)	Der besondere Gleichheitssatz als Verbot intendierter Diskriminierungen	64
3)	Der besondere Gleichheitssatz als striktes Anknüpfungsverbot	65
4)	Der besondere Gleichheitssatz als Begründungsverbot	66
a)	Einleitung	66
b)	Art. 3 III 1 GG als normative Vorgabe der Gleichwertigkeit	67
c)	Einbeziehung von Verhaltensweisen in die normative Vorgabe der Gleichwertigkeit	67
d)	Normative Vorgabe auch im Leistungsbereich	68
e)	Kein Gebot faktischer Gleichbehandlung religiöser Gemeinschaften	69
f)	Verbot an religiöse Inhalte anknüpfender religionspolitischer Fördermaßnahmen	71
g)	Ergebnis	72
5)	Der besondere Gleichheitssatz als Konkretisierung „via negativa“ des allgemeinen Gleichheitssatzes	73
6)	Zwischenbilanz	74
IV.	Das Verbot der Staatskirche	75
1)	Einleitung	75
2)	Verfassungsrechtliche Folgen der Unterscheidung von Staat und Kirchen	76
a)	Unterscheidung von „Recht“ und „Religion“	76
b)	Inkompetenz des Staates in innerreligiösen Fragen	77
c)	Verbot religiöser Maßstäbe	79
3)	Prinzipielle Vorgaben zum Umgang des Staates mit religiös-weltanschaulichen Akteuren und für die staatliche Berücksichtigung religiös-weltanschaulicher Inhalte?	80
a)	Strikter Trennungsgrundsatz	80
b)	Grundsatz der Religionsfreundlichkeit	82
c)	Gestaltungsspielraum bei der Berücksichtigung religiöser Belange	82

V. Zusammenfassung	84
D Verfassungsrechtliche Anforderungen an die anspruchsbegründete Einrichtung muslimischen Religionsunterrichts und den anspruchsbegründeten Erwerb des Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts durch muslimische Gemeinschaften	87
I. Einleitung	87
II. Die Voraussetzungen der Ansprüche auf Körperschaftsstatus und Religionsunterricht	88
1) Das Merkmal Religionsgemeinschaft	88
a) Begriffliches: Religionsgemeinschaft und Religionsgesellschaft	88
b) Der Religionsgemeinschaftsbegriff nach Anschütz im Lichte der individuellen Religionsfreiheit	89
(1) Anforderungen an die Organisationsstruktur	90
(2) Anforderungen an das religiöse Bekenntnis	92
(3) Allseitige Pflege religiöser Aufgaben	94
(4) Zwischenbilanz	99
2) Gewähr der Dauer und ausreichender Mitgliederzahl	101
a) Einführung	101
b) Prognose hinsichtlich der Dauerhaftigkeit des Bestands der betreffenden Religionsgemeinschaft	102
c) Ausreichende Mitgliederzahl einer Religionsgemeinschaft	105
3) Eindeutige und freiheitliche Mitgliedschaftsregeln	107
4) Verbindliche Vertretungsstruktur nach außen	109
5) Ungeschriebene Voraussetzungen	111
a) Einleitung	111
b) Gemeinwohlverantwortlichkeit und Kulturadäquanz	112
c) Loyale bzw. positive Grundhaltung gegenüber dem Staat	114
d) Rechtstreue	116
(1) Beeinträchtigung von Verfassungsgütern durch das zu erwartende Verhalten einer Religionsgemeinschaft	119
(2) Beziehung zwischen Körperschaftsstatus bzw. Religionsunterricht und der drohenden Beeinträchtigung von Verfassungsgütern	120
(3) Verweigerung des Körperschaftsstatus und des Religionsunterrichts für muslimische Gemeinschaften	123

III. Der Vorbehalt staatlicher Aufsicht über den Religionsunterricht	123
1) Einführung	123
2) Art. 7 III 2 GG als auch auf inhaltliche Fragen bezogenes Aufsichtsrecht	124
3) Auslegung des staatlichen Aufsichtsrechts im Lichte der Religionsfreiheit?	124
4) Art. 7 III 2 GG als Grundlage für beschränkende Kontrolle der Inhalte schulischen Religionsunterrichts	125
5) Lösung von Widersprüchen zwischen religiösen Lehren und staatlichen Erziehungszielen	127
6) Der Vorbehalt des Art. 7 III 2 GG und muslimischer Religionsunterricht	128
IV. Zusammenfassung	129
E Zusammenarbeit von Staat und muslimischen Gemeinschaften jenseits der im Grundgesetz vorgegebenen Formen	131
I. Einleitung	131
II. Allgemeine religionsverfassungsrechtliche Vorgaben für jegliche Formen überobligatorischer Zusammenarbeit zwischen Staat und religiösen Partnern	133
1) Staatliche Aufgaben	133
2) Verfassungsrechtliche Maßgaben hinsichtlich der Entscheidung über das „Ob“ überobligatorischer Kooperation	136
3) Verfassungsrechtliche Maßgaben hinsichtlich der Auswahl der Kooperationspartner im religiös-weltanschaulichen Bereich	137
4) Die Anforderung der Verfassungstreue	138
5) Vorbehalt des Gesetzes bei staatlichen Fördermaßnahmen im religiös-weltanschaulichen Bereich	139
6) Freiwilligkeit	140
III. Die überobligatorische Einrichtung von Religionsunterricht und Verleihung des Körperschaftsstatus bzw. der mit diesem Status verbundenen Rechte	141
1) Einführung	141
2) Religionsunterricht jenseits der Vorgaben des Art. 7 III 1, 2 GG	141
a) Einführung	141
b) Entbehrlichkeit der Beteiligung von Religionsgemeinschaften?	142
c) Entbehrlichkeit ausreichender Größe und Bestandszeit?	145

d)	Entbehrlichkeit der Voraussetzung klarer und freiheitlicher Mitgliedschaftsregelungen?	146
e)	Entbehrlichkeit der Voraussetzung einer eindeutigen Außenvertretung?	147
3)	Verleihung des Körperschaftsstatus jenseits der Vorgaben des Art. 140 GG, Art. 137 V WRV	148
a)	Einführung	148
b)	Entbehrlichkeit der Voraussetzung der Religionsgemeinschaft?	149
c)	Mangelnde Gewähr der Dauer	152
d)	Mangelnde Klarheit/Freiheitlichkeit der Mitgliedschaftsregelungen	152
e)	Entbehrlichkeit einer klaren Außenvertretung?	152
4)	Verleihung einzelner mit dem Körperschaftsstatus verbundener Rechte	153
a)	Einführung	153
b)	Keine Übertragung von an die öffentlich-rechtliche Rechtsform gebundenen Rechten	153
c)	Übertragung von Rechtspositionen des Privilegienbündels	154
(1)	Entbehrlichkeit des Vorliegens einer Religionsgemeinschaft	156
(2)	Mitgliedschaftsregelungen	157
(3)	Gewähr der Dauer	157
(4)	Klare Außenvertretung	157
IV.	Staatliche Hilfestellungen beim Aufbau kooperationsfähiger muslimischer Religionsgemeinschaften	158
1)	Einführung	158
2)	Staatliche Hilfe bei der Gründung einer Religionsgemeinschaft	158
3)	Staatliche Förderung einer eindeutigen Außenvertretung sowie der Verfassungstreue muslimischer Religionsgemeinschaften	161
4)	Staatliche Ergänzung religionsgemeinschaftlicher Mitgliedschaftsregelungen	161
5)	Staatliche Unterstützung der Zusammenarbeit bestehender Religionsgemeinschaften	163
V.	Maßgaben für die Zusammenarbeit zwischen dem Staat und muslimischen Partnern jenseits der im Grundgesetz vorgegebenen Inhalte	164
1)	Einführung	164

2) Festlegung auf Religionsgemeinschaften?	164
3) Zusammenarbeit zur Erarbeitung grundgesetzkonformer religiöser Inhalte?	166
VI. Zusammenfassung	167
F Resümee	170
Literaturverzeichnis	173